Eigenerklärung zur Eignung
(vom Bieter bzw. Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen, sofern nicht eine EEE eingereicht wird oder ein anderer Nachweis zugelassen ist)

Vergabestelle:
Stadtwerke Bad Herrenalb GmbH

Vergabenummer:
Sie 26-3193

Leistung:
Baureinigung

☐ Bieter*)
☐ Mitglied einer Bietergemeinschaft*)
☐ Nachunternehmer*)
☐ anderes Unternehmen*)
*) Zutreffendes ankreuzen

Nachstehend geforderte Angaben sind von Einzelbietern und von allen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft einzutragen und zu unterzeichnen.	
Name des Bewerbers	
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Land	
Internetadresse	
Ansprechpartner	
E-Mail	
Telefon	
USt-ID	

I. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Angaben zu Ausschlussgründen nach § 123 GWB

Der Bieter erklärt, dass keine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen der im Folgenden genannten Straftaten rechtskräftig verurteilt worden ist oder dass gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),

- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinn der vorstehend genannten Straftaten stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Angaben zu Ausschlussgründen nach § 124 GWB

Der Bieter erklärt, dass

- sein Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- sein Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit nicht eingestellt hat,
- sein Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
- sein Unternehmen mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens nicht besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
- das Unternehmen nicht in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und daraus eine Wettbewerbsverzerrung resultiert, die nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,

- das Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder andernfalls in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
- das Unternehmen
    - nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
    - nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
    - weder fahrlässig noch vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnte und auch nicht versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Angaben zu Ausschlussgründen nach § 42 VgV

Der Bieter erklärt, dass er in den letzten zwei Jahren nicht
- gemäß § 21 Abs. 1 S. 1 oder 2 SchwarzArbG
- gemäß § 21 Abs. 1 AEntG oder
- gemäß § 19 Abs. 1 MiLoG

mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als € 2.500,00 belegt worden ist.

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen

Der Bieter erklärt, dass er seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, nachgekommen ist.

Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, wird der Bieter eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse (soweit der Betrieb beitragspflichtig ist) und eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamts (soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt) auf Verlangen vorlegen.

Angaben zur Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft

☐ Der Bieter erklärt, Mitglied der Berufsgenossenschaft zu sein.

Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, wird der Bieter eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für ihn zuständigen Versicherungsträgers vorlegen

Angaben zu Liquidation und Insolvenz

☐ Der Bieter erklärt, dass ein Insolvenz- oder vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde. Ein Antrag auf Eröffnung wurde nicht mangels Masse abgelehnt. Das Unternehmen befindet sich nicht in Liquidation.

☐ Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt. Dieser wird auf Verlangen vorgelegt.

II. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Angaben zur Eintragung in das Berufsregister

☐ Der Bieter erklärt, in einem Berufs- oder Handelsregister eingetragen zu sein.

☐ Der Bieter erklärt, nicht zur Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister verpflichtet zu sein, jedoch auf andere Weise die erlaubte Berufsausbildung nachweisen kann.

Auf gesondertes Anfordern wird der Bieter vorlegen: Gewerbeanmeldung, Berufs- bzw. Handelsregisterauszug, bzw. sonstige geeignete Nachweise.

III. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben zum auftragsbezogenen Jahresumsatz

Der Bieter gibt seine auftragsbezogenen Jahresumsätze der zurückliegenden drei Jahre (soweit ein Abschluss vorliegt) wie folgt an:

Jahr _____ _____ €

Jahr _____ _____ €

Jahr _____ _____ €

Auf Anforderung durch den Auftraggeber wird der Bieter eine Bestätigung eines Steuerberaters oder vereidigten Buchprüfers oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder testierte Gewinn- und Verlustrechnungen vorlegen.

Angaben zum Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung sowie der Deckungssumme

Der Bieter erklärt, dass eine Betriebshaftpflichtversicherung mit folgender Deckungssumme besteht:

Deckungssumme: € _____

Auf Anforderung durch den Auftraggeber wird der Bieter eine Bestätigung vorlegen.

IV. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Nachweis der technischen Eignung

Der Bieter weist die gemäß den Ausschreibungsunterlagen geforderten Referenzen mittels gesonderter Erklärung „Referenznachweise“ nach.

Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich vor, weitere ergänzende Nachweise anzufordern

Ort, Datum, Unterschrift (Name in Textform)